

# SPD demokratischer pressediens

P/XXVIII/234

6. Dezember 1973

Der Kanzler-Besuch in Prag

Anmerkungen zu einem geschichtlichen Ereignis

Seite 1 / 46 Zeilen

Die falschen Junktims der CDU-Funktionäre

Klarstellungen zum Thema Verständigung mit Polen

Von Dr. Heinz Kreutzmann MdB

Mitglied des Auswärtigen Ausschusses des Bundestages

Seite 2 und 3 / 62 Zeilen

Ein erster Schritt zum Besseren

Bundestags-Wirtschaftsausschuß beschließt Filmförderungs-gesetz

Von Dr. Peter Glotz MdB

Mitglied der Kommission Massenmedien beim SPD-Vorstand

Seite 4 und 5 / 62 Zeilen

Sonderbeilage: "Frau und Gesellschaft"

### Der Kanzler-Besuch in Prag

-----

#### Anmerkungen zu einem geschichtlichen Ereignis

Der Besuch des Bundeskanzlers der Bundesrepublik Deutschland in der Hauptstadt der CSSR ist ein politisches Ereignis von herausragender Bedeutung. Die Prager Staats- und Parteiführungsgremien unterstreichen diesen Tatbestand damit, daß sie Willy Brandt mit allen offiziellen Ehren empfangen werden. Der Staatschef, General Ludvík Svoboda, der Parteichef, Dr. Gustáv Husák, und der Regierungschef, Lubomír Štrougal, werden den Bundeskanzler begrüßen, der Wohnung auf der Prager Burg, dem Hradšchin, nehmen wird, wo sonst nur ausländische Staatsoberhäupter untergebracht werden. Es besteht kein Zweifel daran, daß die Bevölkerung der CSSR dieser Ehrung Brandts zustimmen wird, denn der Prag-Besuch des Kanzlers bedeutet einen überfälligen Schlußstrich unter den bedauerlichen Tatbestand, daß gerade die Tschechoslowakei in der Liste der Wiederaufnahme diplomatischer Beziehungen zu den Oststaaten erst unter den späteren Stellen zu finden ist.

Nicht nur die letzten Phasen der Verhandlungen zwischen Bonn und Prag zur Normalisierung der Beziehungen zwischen den beiden Nachbarstaaten, aber gerade diese letzten Phasen sind zum Teil unter Umständen abgelaufen, die gewiß nicht zu den Sternstunden der beiderseitigen Außenpolitiken gehören. Dazu kann man in den deutschen Zeitungen spaltenlange Kommentare nachlesen, die mit kritischen Bemerkungen nicht sparen. Man wird sich in diesem Zusammenhang auch an Äußerungen des SPD-Fraktionsvorsitzenden Herbert Wehner zu erinnern haben, der deutlich genug seine Meinung zu dem Fortgang oder auch Nichtfortgang der Verhandlungen dargelegt hat, wobei gerade er mit Nachdruck auch auf die Schwierigkeiten hingewiesen hat, die sich aus der weltpolitischen Verklammerung der deutsch-tschechoslowakischen Frage ergeben haben.

Wir alle sollten uns vornehmen, diesen Prag-Besuch des Bundeskanzlers nicht allzusehr mit Wenn und Aber zu belasten. Niemand sollte in diesen Stunden und Tagen vergessen, daß es gelungen ist, das wirkliche Großproblem des Münchner Abkommens und seine Folgeerscheinungen mit beiderseitigem guten Willen zu überwinden: Ein Vorgang, dessen politische und psychologische Wichtigkeit keinesfalls verkleinert werden darf. Mit diesem gemeinsamen Entschluß wurden die Tore zwischen den beiden Nachbarstaaten weit aufgestossen, damit sich die Völker der Bundesrepublik und der Tschechoslowakei in stetem Bemühen an die Arbeit begeben können, die Schritt für Schritt die Normalisierung der Beziehungen auch menschlicher Art festigt und kräftigt, damit wir eines hoffentlich nicht allzufernen Tages aus der bloßen Normalisierung, so viel sie an sich schon wert ist, zu einem Neben- und Miteinander kommen können.

Der Besuch des Bundeskanzlers in Prag und auf dem Hradšchin ist ein geschichtliches Ereignis. Willy Brandt wird nicht nur dazu beitragen, daß die Schatten der Vergangenheit dahinschwenden: Er wird auch neue Grundsteine legen für eine friedliche Zukunft.

(ee/6.12.1973/ks/ex)

+ + +

Die falschen Junktims der CDU-Funktionäre

Klarstellungen zum Thema Verständigung mit Polen

Von Dr. Heinz Kreuzmann MdB

Mitglied des Auswärtigen Ausschusses des Bundestages

Führende Funktionäre des "Bundes der Vertriebenen (BdV)" haben den Bonn-Besuch des polnischen Außenministers Stefan Olszowski zum Anlaß genommen, "die Maßlosigkeit polnischer Forderungen" zu kritisieren und vor jeder wirtschaftlichen Verhandlung die Erfüllung humanitärer Zusagen der Warschauer Regierung ohne finanzielle Gegenleistungen zu fordern. Der BdV-Präsident Dr. Herbert Czaja CDU-MdB hat dabei verlangt, das Parlament solle nicht dulden, daß "die Bundesrepublik unkontrolliert in gewaltige finanzielle Leistungen an den Ostblock hineinschliddert". Der Vizepräsident des BdV, Dr. Herbert Hupka CDU-MdB, behauptet: "Wir Deutschen in der Bundesrepublik werden zur Kasse gebeten", und spricht von polnischen Forderungen an die Bundesrepublik in Höhe von zehn Milliarden DM.

Nun sind auch wir der Meinung, man solle nicht finanzielle Forderungen mit Fragen der Familienzusammenführung oder der Umsiedlung in die Bundesrepublik verknüpfen. Niemand kann auch bestreiten, daß vieles mit der Familienzusammenführung im Argen liegt, wobei der Kern des Problems wohl nicht nur im bösen Willen der polnischen Regierung zu suchen ist, sondern in ihrer falschen Einschätzung der Größe des Problems, das auf sie zukam. Parteichef Edward Gierek hat zudem als langjähriger Parteisekretär Oberschlesiens den Wert deutschstämmiger Fachkräfte in dieser Provinz kennen und schätzen gelernt und sieht sie daher nur sehr ungern abwandern.

Das alles ist sicherlich nicht gerade erfreulich. Aber wenn man von den Polen verlangt, sie sollten kein Junktim zwischen der

humanitären Frage und ihren finanziellen Wünschen herstellen, dann darf man es auch nicht umgekehrt versuchen. Die Abwanderung qualifizierter Fachkräfte aus der polnischen Wirtschaft erfordert Rationalisierungsmaßnahmen und zusätzliche Hilfen. Dazu kommt: Der Krieg hat Polen in seiner Entwicklung zum Industriestaat erheblich zurückgeworfen. Die Ära Gomulka war nicht fähig, mit den Problemen der Industrialisierung fertig zu werden. Ein Staat von der Größe Polens aber muß in der Lage sein, seine Industrialisierungsmöglichkeiten im Interesse seiner Lebensfähigkeit und seines politischen Gewichtes voll auszubauen.

Helfen wir ihm nicht dabei, und aus verständlichen Gründen richtet sich der Blick aus Warschau in erster Linie auf die Bundesrepublik, werden die alten Ressentiments weiter leben. Mit unserer Hilfe kann aber nicht nur wirtschaftliche Schwäche, sondern auch manches an Vorbehalten abgebaut werden. Das wird auch der Lösung der humanitären Probleme zugute kommen. Im übrigen wird der Handelsaustausch mit Polen auf die Dauer wirtschaftlich nicht uninteressant sein und uns mit seinem Marktanteil später manches von dem zurückgeben, was wir jetzt dort an Entgegenkommen gezeigt haben.

Die Bundesregierung wird allerdings nur das leisten, was man ohne nachhaltige Schädigung der eigenen Finanzkraft und der eigenen Verpflichtungen leisten kann. Es ist absurd, ihr zu unterstellen, sie ließe sich so einfach zur Kasse bitten und übernehme die Rolle eines Dukatenesels für ganz Osteuropa. Sie wird dort, wo es politisch oder wirtschaftlich sinnvoll ist, über Konditionen mit sich reden lassen. Das haben die früheren Regierungen auch gemacht.

Warum also kommt man dann immer wieder mit denselben Vorwürfen, die so tun, als ob diese Regierung Brandt-Scheel ganz Deutschland verkaufe und verschleudere? Es ist schlimm, wenn man im Lager der CDU-Funktionäre so sehr Gefangener seiner eigenen Propaganda ist, daß man die Wirklichkeit nicht mehr sieht. Mit Kassandrarufen hilft man weder den Umsiedlungswilligen noch leistet man Beiträge zur Völkerverständigung, von der so oft geredet wird. Die schafft man nur mit Zeichen des guten Willens. Wir sind nach wie vor der Meinung, sie werden selbst bei einem so schwer verletzten Volk wie dem polnischen auf die Dauer Signale der Verständigung auf breiter Ebene wecken!

(-/6.12.1973/ks/ex)

+ + +

Ein erster Schritt zum Besseren  
-----

Bundestags-Wirtschaftsausschuß beschließt Filmförderungsgesetz

Von Dr. Peter Glotz MdB

Mitglied der Kommission Massenmedien beim SPD-Vorstand

Der Wirtschaftsausschuß des Deutschen Bundestages hat gegen den inhaltenden Widerstand der Opposition mit den Stimmen der Koalitionsparteien eine Novellierung des Filmförderungsgesetzes beschlossen. Dabei wurden entscheidende Verbesserungen des Regierungsentwurfs, die von den Koalitionsparteien gekommen waren, gebilligt. Die wichtigsten Fortschritte sind in folgenden Änderungen des Regierungsentwurfs zu erkennen:

1/ Die im Regierungsentwurf vorgesehene Zwangsabgabe der Rundfunkanstalten an die Filmförderungsanstalt wurde gestrichen. Damit wird der Weg frei für ein freiwilliges Abkommen zwischen den Anstalten und der Filmwirtschaft, mit dem vor allem Gemeinschaftsproduktionen zwischen Film und Fernsehen ermöglicht werden sollen. Zusätzlich werden die Rundfunkanstalten auch einen direkten finanziellen Beitrag leisten, zweckgebunden für die Projektförderung von Filmen. Die Koalitionsfraktionen gehen davon aus, daß nach dieser großzügigen Vorleistung des Bundestages die Anstalten noch vor der dritten Lesung des Gesetzes im Bundestag ein unterschrittsreifes Angebot an die Filmförderungsanstalt machen. Die Verhandlungen mit dem Fernsehen sind im Übrigen unter Hilfestellung einiger Abgeordneter soweit gediehen, daß ein Scheitern des Abkommens nur durch bewußte Störmanöver herbeigeführt werden könnte. Die Filmförderungsanstalt, die durch das Abkommen Co-Produktionsmittel und im Übrigen auch jährlich bares Geld vom Fernsehen bekommen wird, sollte rasch in die Verhandlungen eintreten und sich ebenso rasch positiv entscheiden. Die große Mühe, die sich alle Fraktionen mit einer erneuten Novellierung der Filmförderung gegeben haben, rechtfertigt diesen Wunsch.

2/ Durch innere Struktur der Filmförderungsanstalt wurde durch eine Erweiterung des Verwaltungsrates liberalisiert. Künftig

wird ein Gewerkschaftler mehr dem Verwaltungsrat angehören; ein zusätzlicher Vertreter der Kinos, und zwar benannt im Einvernehmen mit den Filmkunsttheatern und der Arbeitsgemeinschaft Kino, soll die progressiven Teile der Filmwirtschaft verstärken; zwei Filmjournalisten, benannt von den großen Verbänden, sollen als ökonomisch uninteressierte Kräfte ihren filmwirtschaftlichen und filmpolitischen Sachverstand beisteuern. Im übrigen sollen die Bundestagsfraktionen künftig in die Filmförderungsanstalt keine Abgeordneten mehr entsenden; es bleibt ihnen freigestellt, auch Filmsachverständige, die nicht Parlamentarier sind, mit ihrem Vertrauen auszustatten.

Diese Änderungen befriedigen sicher nicht alle Wünsche, vor allem nicht alle Wünsche des jungen deutschen Films. Aber gerade den Vertretern dieser Gruppierungen muß noch einmal gesagt werden, wie schwer es war, gegen das Interessengeflecht der Filmwirtschaft schon diese Änderungen durchzusetzen. Auch wenn der eine oder andere Wunsch offen blieb, alle Kräfte des deutschen Films sollten die jetzige Novellierung als ein Reformgesetz begrüßen. Denn jetzt werden jährlich über sechs Millionen D-Mark für eine Projektförderung zur Verfügung stehen, mit deren Hilfe filmkünstlerische Projekte verwirklicht werden können; es wird Mittel für Filmproduktionen geben, Mittel zum Umbau von Opas Kinos zu modernen Kommunikationszentren und Mittel zur Förderung des filmberuflichen Nachwuchses. Der Begriff "Schnulzenkartell" sollte also aus der Öffentlichkeit verschwinden können.

Die Filmpolitiker der Parteien dürfen jetzt allerdings nicht wieder einmal den Griffel aus der Hand fallen lassen, weil das Filmförderungsgesetz - die Zustimmung im Bundestags-Plenum vorausgesetzt - novelliert ist. Jetzt geht es darum, in zähen Verhandlungen mit den Bundesländern ein vernünftiges System der kulturellen Filmförderung zu schaffen, das die wirtschaftliche Filmförderung des Bundes ergänzt. Die Filmpolitik darf mit diesem Gesetz nicht als beendet angesehen werden: sie hat gerade erst begonnen.

(-/6.12.1973/ks/ex)